

**Niederschrift über die 25. Sitzung des Ausschusses für
Kultur, Schule und Sport am 02.07.2019, 17:00 Uhr,
Lehrerzimmer der Kreuzschule, Am Wietkamp 20, 48653
Coesfeld**

Anwesenheitsverzeichnis

		Bemerkung
Vorsitz		
Herr Bernd Rengshausen	CDU	
stimmberechtigte Mitglieder		
Herr Stephan Beck	CDU	
Frau Annette Bischoff	Pro Coesfeld	Vertretung für Herrn Heinrich Volmer
Herr Sami Bouhari	SPD	
Frau Kirsten Fabry	FDP	
Frau Ulrike Fascher	CDU	Vertretung für Herrn Tobias Musholt
Frau Anneliese Häck	AfC/FAMILIE	Vertretung für Herrn Dieter Goerke
Herr Dr. Bernhard Kewitz	CDU	
Frau Rosemarie Niemeier	CDU	
Frau Irmgard Potthoff	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Martina Vennes	Pro Coesfeld	
Herr Hermann-Josef Vogt	SPD	
beratende Mitglieder		
Herr Matthias Bude	Katholische Kirche	
Verwaltung		
Herr Bürgermeister Heinz Öhmann	Bürgermeister	anwesend bei TOP 6 ö.S. (ab 18:10 Uhr)
Herr Thomas Backes	I. Beigeordneter	
Herr Dr. Thomas Robers	Beigeordneter	
Frau Dr. Mechtilde Boland-Theißen	FBL 43	anwesend bei TOP 1-5 ö.S. und TOP 1-2 nö.S. (bis 18:10 Uhr)
Frau Dorothee Heitz	FBL 51	
Herr Uwe Dickmanns	FBL 70	
Herr Volker Rier	FB 70	anwesend bei TOP 6 ö.S. (ab 18:10 Uhr)
Herr Linus Stehr	FB 10	
Herr Jan Grüner	FB 10	
Frau Karin Hackling	FB 51	

Schriftführung: Frau Karin Hackling.

Herr stellvertretender Ausschussvorsitzender Bernd Rengshausen eröffnet um 17:00 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit der Versammlung fest.

Die Sitzung endet um 20:25 Uhr.

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

- 1 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden und Bericht der Verwaltung
- 2 Besetzung der Stelle der Schulleiterin der Martin-Luther-Schule
Vorlage: 144/2019
- 3 Sachstand Medienentwicklung generell wie am Beispiel der Pilotschule Kreuzschule
(Bericht/Präsentation in der Sitzung)
Vorlage: 101/2019
- 4 Schulentwicklungsplanung Primarstufe
Vorlage: 145/2019
- 5 Anfragen

Nicht öffentliche Sitzung

- 1 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden und Bericht der Verwaltung
- 2 Anfragen

Öffentliche Sitzung

- 6 Schulzentrum - Entscheidung über die Fortführung der Vorplanung
Vorlage: 116/2019

Vor Eintritt in die Tagesordnung erfolgt ab 16:15 Uhr eine Besichtigung der neuen Räumlichkeiten in der Kreuzschule.

Beim Rundgang erläutert die Schulleiterin, Frau Adams, die neuen Räumlichkeiten.

Zudem präsentiert die stellvertretende Schulleiterin, Frau Koch, die neuen iPads in der Pilot-schule.

Erledigung der Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

TOP 1	Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden und Bericht der Verwaltung
-------	---

Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden liegen nicht vor.

Herr Dr. Robers berichtet, dass der vorliegende Antrag der Fraktion AfC/Familie bezüglich der Namensbildung der Kreuzschule aufgrund der Vielzahl der an der Schule laufenden Projekte, u.a. Umbau/Sanierung sowie Pilotschule Medienentwicklung zurückgestellt wurde. Die Thematik werde in Abstimmung mit der Schulleitung im neuen Schuljahr bearbeitet und im Folgenden in den Gremien beraten.

Frau Heitz berichtet anhand einer Präsentation (vgl. **Anlage 1** zur Niederschrift) zu nachfolgenden Punkten:

1. Entwicklung OGS-Zahlen insgesamt sowie differenziert nach Grundschulen
2. Sachstand Förderung Glasfaseranschlüsse bzw. eigenwirtschaftlicher Ausbau über Deutsche Glasfaser

TOP 2	Besetzung der Stelle der Schulleiterin der Martin-Luther-Schule Vorlage: 144/2019
-------	--

Frau Ute Hoppe stellt sich als Schulleitung der Martin-Luther-Grundschule vor und berichtet über ihren beruflichen Werdegang.

Sie betont, dass ihre Vorgängerinnen, Frau Femmer und ihr Team, in den letzten Jahren gute Arbeit geleistet haben.

Zudem berichtet sie über die anstehenden Schwerpunkte wie z.B. den Umzug in das neue Gebäude an der Franz-Darpe-Straße, Integration, Kulturcafé und Fortbildung der Lehrkräfte im Feld neue Medien.

TOP 3	Sachstand Medienentwicklung generell wie am Beispiel der Pilotschule Kreuzschule (Bericht/Präsentation in der Sitzung) Vorlage: 101/2019
-------	---

Im Anschluss an den Rundgang berichten Herr Stehr und Herr Grüner über den Sachstand der Medienentwicklung in den Coesfelder Schulen.

Die Präsentation ist als **Anlage 2** dieser Niederschrift beigelegt.

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

TOP 4	Schulentwicklungsplanung Primarstufe Vorlage: 145/2019
-------	---

Herr Dr. Robers informiert auf Nachfrage von Frau Vennes, dass die Verwaltung aufgrund der bisherigen Erkenntnisse über die steigenden Geburtenzahlen und die steigende Nachfrage nach OGS-Plätzen eine Überprüfung der selbst erstellten Planung bis 2024/25 sowie eine punktuelle Betrachtung der beiden besonders nachgefragten Schulen Maria-Frieden-Schule und Lambertischule für notwendig halte. Im Folgenden würden die Gremien, darunter neben dem Schulausschuss ggf. auch der Planungs- oder Hauptausschuss, mit den Ergebnissen und weiteren Schritten erneut befasst.

Herr Beck betont, dass der Ausschuss in dieser Angelegenheit gute Voraussicht bewiesen hat, indem die Martin-Luther-Schule doch zweizügig statt eineinhalbzügig geplant wurde. Er erkundigt sich nach den Prognosezahlen, insbesondere den sprunghaft steigenden Schülerzahlen in der 2. Klasse an der Lambertischule und fragt, warum z.B. im Schuljahr 2021/22 aus 2 Eingangsklassen im nächsten Schuljahr 3 Klassen gebildet werden.

Frau Ellerbrock, Schulleiterin der Lambertischule, erklärt, dass die steigende Schülerzahl auf zurückgesetzte Schülerinnen und Schüler aus der Eingangsphase (Klassen 1-3) zusammenhängt. Herr Dr. Robers ergänzt, dass hier die Trends der Vergangenheit prozentual fortgeschrieben worden seien.

Für die CDU-Fraktion bittet Herr Beck den Beschlussvorschlag dahingehend zu ändern, dass der Zusatz „ggf. dem Planungsbüro BiRegio“ gestrichen wird.

Herr Vogt erkundigt sich nach einer Kostenschätzung und bittet die Diskussion der gebundenen Ganztagschule mit einzubeziehen.

Herr Dr. Robers erläutert, dass es eine gebundene Ganztagsgrundschule nicht gebe bzw. vom Land nicht genehmigt würde. Die Frage der Kosten stelle sich zu einem späteren Zeitpunkt, zunächst gehe es um den Bedarf.

Es erfolgt eine Abstimmung über die Beschlussvorschläge 1 und 2 sowie des nach CDU-Antrag modifizierten Beschlussvorschlages 3.

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Sanierung und Erweiterung der Maria-Frieden-Schule zusammen mit der Schulleitung vorzubereiten und notwendige Planungskosten in den Entwurf des Haushalts 2020 einzustellen.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Notwendigkeit und ggf. den Umfang einer Erweiterung der Lamberti-Grundschule zusammen mit der Schulleitung zu prüfen und ggf. anschließend vorzubereiten und die notwendigen Planungskosten in die Finanzplanung für das Haushaltsjahr 2021 einzustellen.
3. Zur Ermittlung des jeweils notwendigen Erweiterungsbedarfs soll mit einem Planungsbüro der mittelfristige Schulraumbedarf an beiden Schulen überprüft werden. Dabei sollen auch der notwendige Raumbedarf für die Ganztagsbetreuungsangebote und Möglichkeiten multifunktionaler Raumnutzungen einfließen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschluss Punkt 1	12	0	0
Beschluss Punkt 2	12	0	0
Beschluss Punkt 3	12	0	0

TOP 5 Anfragen

Herr Bouhari erkundigt sich nach den Fluchttüren, speziell nach der denkmalgeschützten Eichentür, in der Lambertischule. Ihm sei zugetragen worden, dass die Tür nicht durch Kinder geöffnet werden könne.

Frau Ellerbrock, Schulleiterin der Lambertischule, bestätigt, dass die Tür schwer zu öffnen war. Der Fehler wurde behoben. Die Tür ist nun durch Schülerinnen und Schüler auch der ersten Klasse zu öffnen.

Herr Vogt fragt nach einer Kostenaufstellung zur Martin-Luther-Grundschule.

Herr Dickmanns berichtet, dass noch mindestens ein halbes Jahr an der Schule gebaut wird. Es gebe z.B. noch Klärungsbedarf bei zwei Eingangstüren. Hier stehe die Entscheidung noch aus, ob die Türen aufbereitet werden können oder neu angeschafft werden müssen. Er gehe aber davon aus, dass der Rahmen von 6,2 Mio. € eingehalten würde.

Frau Fabry fragt, ob der Stadt Zahlen vorliegen, aus denen hervorgeht, wie viele Schülerinnen und Schüler im laufenden Schuljahr die Laurentiusschule verlassen haben und zu anderen Grundschulen gewechselt sind.

Beantwortung über das Protokoll:

Der amtlichen Schulstatistik sind keine größeren Veränderungen zu entnehmen. Nach Rücksprache mit der stellvertretenden Schulleiterin haben sich Zu- und Abgänge in etwa ausgeglichen.

TOP 6 Schulzentrum - Entscheidung über die Fortführung der Vorplanung Vorlage: 116/2019

Es folgt eine gemeinsame Beratung mit dem Ausschuss für Umwelt, Planen und Bauen (UPB) im Foyer der Kreuzschule.

Alle nachfolgend erwähnten Präsentationen sind als **Anlage 3** dieser Niederschrift beigelegt.

Herr Bürgermeister Öhmann eröffnet die Beratung mit einem Bericht über die Leistungsfähigkeit des städtischen Haushalts in den nächsten Jahren. Er betont die Wichtigkeit dieser Beratung und appelliert für einen ausgeglichenen Haushalt in der Zukunft. Zur Erhaltung der Handlungsfähigkeit sei es zwingend erforderlich einen maximalen Kostenrahmen von 50,36 Mio. € zu beschließen. Jede zusätzliche Million stelle eine Belastung für die nächsten Jahre dar. Gleichzeitig stehe außer Frage, dass der Schulstandort Coesfeld mit einem guten räumlichen Angebot erhalten bleiben müsse.

Herr Dr. Robers beginnt mit einer Erläuterung der Zusatzinformationen aus der Arbeitsgruppe (Anlage 3, S. 6). Es folgt die Präsentation der modularen Aufteilung des Gesamtpaketes der Vorplanung (Anlage 3, S. 7 ff.).

Anschließend geht Herr Backes in seiner Präsentation (Anlage 3, Seite 12 ff.) auf die einzelnen Kombinationen ein. Herr Scheffer von der SSP AG, Bochum, erklärt auf Nachfrage, dass er damit rechne, dass die Entwurfsplanung im März 2020 stehen werde. Jede Änderung nach diesem Zeitpunkt führe zu einem Dominoeffekt mit höheren Planungsaufwänden und Kosten sowie Zeitverlust. Am 01.09.2019 müsse man spätestens mit der Entwurfsplanung beginnen. Das heißt im Ergebnis, dass Optimierungen beim Raumprogramm oder bei den Interimskosten nur bis zum 31.08.2019 eingespeist werden können.

Herr Bürgermeister Öhmann hebt die wichtigsten Aspekte in den Leitlinien (Anlage 3, Seiten 22 und 23) hervor. Er ergänzt zudem, dass zusätzliche Einsparungen bei den Interimskosten dem Gesamthaushalt zugutekommen sollten.

Für die CDU-Fraktion erklärt Herr Tranel, dass es Aufgabe der Politik sei, Standards für alle Schulen festzulegen. Die Politik dürfe die anderen Schulen nicht vergessen. Entsprechend spricht er sich für die Verschiebung einzelner Module, z.B. die Sanierung der Sporthallen, auf einen späteren Zeitpunkt aus. Die Umgestaltung der Außenanlagen sieht er persönlich kritisch. Erster Schritt müsse der Unfallschutz sein. Insgesamt sei es möglich, im Schulzentrum einen vernünftigen Standard mit 50,36 Mio. € zu erreichen. Andere Dinge müssten auf ein Minimum reduziert werden. Die Weiterentwicklung des Raumprogramms müsse unter dem Kostenrahmen von max. 50,36 Mio. € erfolgen. Er beantragt, dies explizit in den Beschlussvorschlag 1 aufzunehmen: „... Kombination 1 „Basis“ mit einem maximalen Kostenrahmen von 50,36 Mio. € zugrunde zu legen“. Ergänzend sollen die Überlegungen der Schulen zum Raumprogramm einbezogen werden. Aus seiner Sicht sollten erzielte Einsparungen bei den Interimskosten dem Gesamtprojekt Schulzentrum auch zugutekommen.

Für die SPD-Fraktion berichtet Herr Stallmeyer über intensive Beratungen in der Fraktion. Er merkt an, dass das Basismodell sicherlich einen guten Start darstellt, zeigt aber auch Verständnis für die Kritik der Schulen. Der Rat habe allerdings die Aufgabe, den Blick auf die gesamte Stadt zu richten. Das Projekt müsse in Einklang mit dem städtischen Haushalt gebracht werden. Die durch die Schulen favorisierte Variante 3 „Schule“ mit 63,92 Mio. € würde dem Rat die Handlungsfähigkeit entziehen. Er kritisiert, dass die Schulen in der letzten Phase nicht genügend beteiligt worden seien. Details sollten noch optimiert werden. Die SPD-Fraktion werde sich bis zur Ratssitzung enthalten, damit die bisher noch nicht erfolgten Gespräche mit den Schulvertretern noch nachgeholt werden können.

Für die FDP-Fraktion zeigt sich Herr Kraska von dem Ergebnis enttäuscht. Aufgrund der Entscheidungen der letzten Jahrzehnte befände sich die Politik nun in dieser schlechten Situation. Bei dem Basismodell würde aus seiner Sicht auf wichtige Dinge verzichtet. Er schließt sich dem Vorschlag der Schulen an und befürwortet die Variante 3 „Schule“ mit 63,92 Mio. €. Im Gegenzug solle die Investitionsliste (Anlage 3, Seite 4) ggfs. prozentual gekürzt werden. Bei den Investitionen müsse gespart werden, nicht bei den Schulen.

Herr Goerke von der Fraktion AfC/Familie bedankt sich bei allen Teilnehmern der Arbeitsgruppe für ihr Engagement. Er berichtet, dass in der Fraktion die Kombinationen 1 und 2 zur näheren Auswahl standen. Man habe sich unter Berücksichtigung der finanziellen Lage der

Stadt in den nächsten 15 Jahren für eine maximale Kostendeckelung auf 50,36 Mio. € entschieden, obwohl das Ergebnis für die Schulen ernüchternd sei.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erklärt Herr Prinz, dass der Rat handlungsfähig bleiben müsse. Als Grundlage für die weiteren Planungen müsse das Basismodell mit einem maximalen Kostenrahmen von 50,36 Mio. € fungieren. Gleichzeitig werden aber noch Einsparmöglichkeiten gesehen, wobei die Raumplanung nun Vorrang hätte. Der Bereich Außenanlagen solle aufgeschoben werden. Wichtig sei, dass bei den weiteren Planungen die enge Abstimmung mit den Schulen beibehalten würde. Zudem spricht er sich gegen einen Aufschub der Entscheidung bis zur Ratssitzung aus. Jetzt sei es Aufgabe der Fachausschüsse die Richtung zu weisen.

Herr Peters für die Fraktion Pro Coesfeld bedankt sich bei allen Ehrenamtlichen, Planern und der Verwaltung für die Aufteilung in einzelne Module. Seine Fraktion stehe auch auf dem Standpunkt, dass eine Deckelung der Kosten bei 50,36 Mio. € erfolgen müsse. Er befürwortet die Möglichkeit, innerhalb des Kostendeckels rangieren zu können. Zudem plädiert er dafür, eingesparte Interimskosten zugunsten der Baumaßnahme am Schulzentrum zu verwenden.

Herr Beck für die CDU-Fraktion spricht sich für eine Einbeziehung der Schulen aus. Jetzt müsse geprüft werden, was unter dem Kostendeckel noch möglich sei. Ziel müsse es sein, das Schulzentrum zukunftsfähig, insbesondere im Bereich der Technik und der Differenzierungsräume, zu ertüchtigen. Zudem verweist er auf die Entwicklung der Schülerzahlen im Primarbereich. Die Projekte Maria-Frieden-Schule und Lambertischule inklusive OGS müssten ebenfalls gut umgesetzt werden. Gleichzeitig dürfe das Heriburg-Gymnasium nicht hintenanstehen.

Frau Bischoff beantragt für die Fraktion Pro Coesfeld eine Trennung zwischen Finanzrahmen und Raumkonzept. Dies solle auch als Beschluss festgehalten werden. Im Vorfeld müsse entschieden werden, ob eine Schule des gemeinsamen Lernens an der Theodor-Heuss-Realschule eingerichtet werden soll. Für sie hat das Innenleben der Gebäude oberste Priorität, damit eine gute Pädagogik geleistet werden kann. Es gelte auch eine noch engere Kooperation mit dem Heriburg zu untersuchen, ggf. könnten dort eingesparte Interims- oder sonstige Kosten dem Projekt Schulzentrum zugutekommen. Sie plädiere für weitere Gespräche und Untersuchungen.

Herr Backes erklärt, dass die Tür für Änderungen nur geringfügig geöffnet werden könne. Erneut in eine Grundsatzdiskussion einzusteigen, beschreibt er als unrealistisch und schädlich für Gesamtkonzept und den Zeitrahmen. Die Vorplanung über die Verortung der Räume und Flächen müsse am 31.08.2019 abgeschlossen werden. Anschließend könnten bei der Detailausarbeitung weitere Qualifizierungen mit den Schulen besprochen werden.

Daraufhin bringt Frau Niemeyer für die CDU-Fraktion eine Erweiterung des Beschlussvorschlags ein. Sie schlägt vor, dass die Verwaltung beauftragt werden solle, zusammen mit den beiden betroffenen Schulen Details der Raumplanung auf Basis der Kombination 1 „Basis“ zu optimieren.

Herr Vogt für die SPD-Fraktion zeigt Verständnis für den Einwand der Schulen und sieht auch den Anspruch auf ein gutes Raumangebot. Hierfür wäre sicherlich die Kombination 3 der richtige Ansatz. Enttäuscht sei er jedoch von den Begründungen der Schule. In einem lebendigen Schulzentrum müsse ein Vermischen der Schüler, eine gemeinsame Nutzung der Bibliothek oder eine gemeinsame Nutzung von Fachräumen möglich sein.

Frau Vennes für die Fraktion Pro Coesfeld spricht sich gegen eine Einsparung der Interimskosten zugunsten des allgemeinen Haushalts aus, sofern diese auf Vorschlägen der Schulvertreter beruhen. Das Geld müsse den Schulen im Projekt erhalten bleiben. Sie wünscht sich eine konsequente Einbeziehung der Schulen. Auch sie möchte sich innerhalb der Fraktion nochmals neu beraten.

Herr Görke spricht sich gegen den Einstieg in eine neue Grundsatzdiskussion aus. Er mahnt zur Rückkehr zur Realität. Geld für eine längere Planungsdauer sei nicht vorhanden. Man müsse mit Preissteigerungen von 2 bis 3 Mio. € rechnen. Das sei nicht verantwortbar und werde von ihm und seiner Fraktion abgelehnt.

Abschließend stellen Herr Backes und Herr Dr. Robers klar, dass die Schulen bis zuletzt voll eingebunden gewesen seien. Sämtliche Varianten und Möglichkeiten seien mit den Schulen intensiv kommuniziert worden. Diese hätten sich mit viel Engagement und Arbeitsleistung eingebracht. Nun sei es Aufgabe der Politik abzuwägen und zu entscheiden.

Herr Frieling und Herr Rengshausen stellen sodann den modifizierten Punkt 1, die Punkte 2 und 3 und den nach Antrag der CDU neu gefassten Punkt 4 einzeln zur Abstimmung.

Für den Ausschuss Kultur, Schule und Sport ergibt sich folgendes Abstimmungsergebnis:

Beschluss:

1. In Anbetracht der vertieften Kostenschätzung zur Planungsvariante 2, der finanziellen Tragfähigkeit des Haushaltes sowie auf der Grundlage der von der „Arbeitsgruppe Schulzentrum“ erarbeiteten Entscheidungsgrundlagen und der im Sachverhalt (Seite 19 f) dargestellten Leitlinien wird beschlossen, das Bauprogramm für die Modernisierung des Schulzentrums neu festzulegen und für den weiteren Planungsprozess die Kombination 1 „Basis“ mit einem maximalen Kostenrahmen von 50,36 Mio. € zugrunde zu legen.

Beschluss:

2. Nach Abschluss der Leistungsphase 3 (Entwurfsplanung) entscheidet der Rat abschließend über die Entwurfsplanung, die dann auch dem städtebaulichen Förderantrag zugrunde zu legen ist.

Beschluss:

3. Die Verwaltung wird beauftragt, zusammen mit dem Planungsbüro und den Schulen, unter Einschluss des Heriburg-Gymnasiums, Möglichkeiten zur Vermeidung oder Verringerung von Interimskosten zu prüfen.

Beschluss – Antrag der CDU-Fraktion:

4. Die Verwaltung wird beauftragt, zusammen mit den beiden betroffenen Schulen bis zum 31.08.2019 Details der Raumplanung auf der Basis der Kombination 1 „Basis“ zu optimieren.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschluss 1	7	1	4
Beschluss 2	8	0	4
Beschluss 3	8	0	4
Beschluss 4	7	1	4

Bernd Rengshausen
stellvertretender Ausschussvorsitzender

Karin Hackling
Schriftführerin